

Umwandlungen in den neuen Bundesländern nach der Rechtsprechung des BGH

von

Dr. Guido Wißmann
Richter am Landgericht Nürnberg

Dr. Markus Märtens
Richter am Landgericht Dresden

Dr. Enno Bommel
Vorsitzender Richter
am Landgericht Magdeburg

2001

Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XIII
Einleitung	1
1. Kapitel: Rechtsprobleme bei der Umstrukturierung volkseigener Wirtschaftseinheiten	5
I. Die Reprivatisierung	5
1. Die Umwandlung nach dem Unternehmensgesetz	6
a) Umwandlungstechnik	6
b) Mitgliederidentität nicht Umwandlungsvorausset- zung	7
c) Fehlerhafte Umwandlungen nach §§ 17 ff. UntG ...	8
d) Abtretbarkeit von Restitutionsansprüchen	10
e) Zeitlicher Geltungsbereich	12
2. Unternehmensrestitution nach dem Vermögensgesetz	12
3. Beteiligungsverhältnisse an sogenannten „Altaktien- gesellschaften“	13
II. Die Umwandlung nach Umwandlungsverordnung und Treuhandgesetz	20
1. Das Verhältnis der Umwandlungsverordnung zum Treuhandgesetz	20
a) Die überholende Umwandlung von volkseigenen Betrieben (VEB) nach dem TreuhG	20
b) Die überholende Umwandlung von volkseigenen Kombinaten (VEK)	22
2. Die Ausnahmeregelung des § 11 Abs. 3 TreuhG für von Kommunen, Kreisen und Ländern geleitete Betriebe	24
3. Die Rechtsnachfolge der volkseigenen Güter (VEG) ..	25

	Seite
4. Die Erfüllung der Sacheinlageverpflichtung bei der überholenden Umwandlung	28
5. Das Wahlrecht der Rechtsform bei der Umwandlung gemäß § 11 Abs. 1 TreuHG	28
6. Rechtsfragen bei gescheiterten Umwandlungen	29
a) Die Frage der Entstehung einer Vorgesellschaft	29
b) Die Haftung nach § 25 HGB für Altverbindlichkeiten – der Fall des Aufbauverlags	30
III. Die Realteilung ehemals volkseigener Wirtschaftseinheiten	32
1. Die Anwendung des § 12 SpTrUG bei Realteilungen .	32
2. Die Frage der entsprechenden Anwendung des § 12 Abs. 2 SpTrUG bei Ausgliederungen	35
3. Die entsprechende Anwendung des § 10 SpTrUG bei Realteilungen	38
2. Kapitel: Fragen der Kapitalausstattung und Haftung bei Treuhandunternehmen	39
I. Treuhandanstalt und Eigenkapitalersatz	39
1. Die Verdrängung des GmbH-Eigenkapitalersatzrechts durch § 56e DMBilG bei Treuhandunternehmen	40
2. Der zeitliche Anwendungsbereich des § 56e DMBilG .	41
a) Die rückwirkende Anwendung des § 56e DMBilG .	41
b) Die Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse als Zäsur	42
3. Stehenlassen und Prolongierung von eigenkapitalersetzenden Bürgschaften nach der Kapitalneufestsetzung ...	44
4. Treuhandanstalt und Treuhandunternehmen als verbundene Unternehmen	46
5. Verfassungsmäßigkeit von § 56e Abs. 1 DMBilG	48

	Seite
II. Die gesellschaftsrechtlichen Ansprüche zwischen Treuhandunternehmen und Treuhandanstalt	48
1. Der Ausschluß der Differenzhaftung im Anwendungsbereich der §§ 24, 26 DMBilG	48
a) Inanspruchnahme der Treuhandanstalt aus § 9 Abs. 1 GmbHG	49
b) Inanspruchnahme der Treuhandanstalt auf der Grundlage der allgemeinen Differenzhaftung	50
2. Die Anwendbarkeit der §§ 24, 26 DMBilG auf Spaltgesellschaften	51
3. Der Ausgleichsanspruch nach § 24 Abs. 1 DMBilG ...	53
a) Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz als Anspruchsvoraussetzung	53
b) Die Versäumung der Frist zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz	54
4. Die Ausgleichsverbindlichkeit gemäß § 25 DMBilG ..	56
5. Der Anspruch auf Einzahlung des Mindestkapitals gemäß § 26 Abs. 3 DMBilG	58
III. Rechtsfolgen von Bewertungsfehlern in der DM-Eröffnungsbilanz	60
IV. Die Haftung für Handlungen der Geschäftsführer bei Treuhandunternehmen i.A.	62
3. Kapitel: Rechtsfragen bei der Umstrukturierung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks	65
I. Die Auszahlung des Anteils an den unteilbaren Fonds der PGH	65
1. § 5 Abs. 2 S. 2 PGH-VO als Anspruchsgrundlage	66
2. Zeitpunkt und Anlaß des Ausscheidens	68
3. Fälligkeit und Verjährung des Anspruchs aus § 5 Abs. 2 S. 2 PGH-VO	70
4. Erreichen des Rentenalters vor Umwandlung der PGH	72
5. Gleichzeitiges Bestehen eines Arbeitsverhältnisses neben der Mitgliedschaft in der PGH	73
	IX

	Seite
II. Anfechtbarkeit von Beschlüssen der Mitgliederversammlung der PGH	75
4. Kapitel: Rechtsfragen bei landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihren Kooperationsformen ..	77
I. Überblick über die LPG und ihre Kooperationsformen ..	77
II. Fehlerhafte Umwandlungen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften	78
1. Reichweite des Bestandsschutzes gemäß § 34 Abs. 3 LwAnpG	79
a) Der Grundsatz der Mitgliederidentität	80
b) Der Grundsatz des numerus clausus der Umwandlungsformen	82
2. Prozessuale Fragen	84
3. Umstrukturierung durch Einzelübertragung des LPG-Vermögens	86
III. Abwicklung und Umwandlung kooperativer Einrichtungen (KE)	86
1. Abwicklung aufgelöster KE	86
2. Formwechsel der KE	88
a) Die Wirksamkeit eines vor Inkrafttreten des LwAnpG gefaßten Umwandlungsbeschlusses	89
b) Die Heilung fehlerhafter Umwandlungen	92
3. Kein Austrittsrecht einer LPG i.L. aus einer durch Umwandlung einer KE entstandenen GmbH	93
IV. Die Beendigung der Mitgliedschaft an Kooperationen ...	96
1. Die Organzuständigkeit für die Beendigung von Beteiligungen an Kooperationen, insbesondere KE	96
2. Die Einschränkung der Vertretungsmacht des Vorstands im Außenverhältnis	97
V. Vermögensrechtliche Ansprüche bei Beendigung der Kooperation	99
1. Gemeinsame Finanzfonds mehrerer LPG beim Kooperationsrat	99

	Seite
2. Vermögensrechtliche Ansprüche der Kooperationspartner bei Fortentwicklung der Kooperation zu einer LPG (P)	100
a) Kein Anspruch der LPG-Trägerbetriebe einer Kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion (KAP) bei deren Weiterentwicklung zu einer LPG (P)	100
b) Kein Anspruch der LPG-Trägerbetriebe einer zwi- schengenossenschaftlichen Einrichtung bei deren Weiterentwicklung zu einer LPG (P)	102
c) Entflechtungsansprüche volkseigener Güter bei Weiterentwicklung einer KAP zu einer LPG (P)	104
d) Ansprüche früherer LPG-Mitglieder nach Anschluß der LPG an ein VEG	104
VI. Vertretungsmacht und Haftung von LPG-Liquidatoren ..	106
5. Kapitel: Rechtsfragen im Bereich der Konsumgenossen- schaften	111
I. Die Beteiligung von Konsumgenossenschaften an den Rechtsnachfolgern der DDR-Großhandelsgesellschaften	111
II. Die Beteiligung von Konsumgenossenschaften am Rechtsnachfolger des Konsumgenossenschaftsverbandes der DDR	113
III. Die Ausgliederung von Betriebsteilen aus dem Verband der Konsumgenossenschaften	114
6. Kapitel: Die Investitionsgemeinschaft	117
I. Rechtsnatur der Investitionsgemeinschaft und gesetz- liche Regelung	118
II. Eigentumsfragen hinsichtlich des Investitionsobjekts ...	120
1. Entstehen von Volkseigentum	120
2. Entstehen von gemeinschaftlichem Eigentum	121
III. Gesellschaftsrechtliche Beteiligung und Abfindungs- ansprüche	124
1. Austritt	125

	Seite
2. Beendigung	125
3. Zusammenfassung	126
7. Kapitel: Sonstige Einzelfälle	129
I. Das Ausscheiden aus einem Rechtsanwaltskollegium ...	129
II. Fälle aus dem Bereich der kommerziellen Koordinierung (KoKo)	129
8. Kapitel: Schlußbetrachtung	133
I. Resümee	133
II. Folgerungen für das allgemeine Gesellschafts- und Umwandlungsrecht	134
1. Umwandlung volkseigener Wirtschaftseinheiten	134
2. Umwandlung der DDR-Genossenschaften	136
a) Reichweite des Bestandsschutzes bei fehlerhaften Umwandlungen	137
b) Ausschlußfrist für negative Identitätsfeststellungs- klage	139
c) Zulässigkeit des Formwechsels mit gleichzeitigem Eintritt eines neuen Gesellschafters	141
d) Umstrukturierung durch Einzelübertragung des Betriebsvermögens	141
 Verzeichnis der veröffentlichten Entscheidungen	 143
Stichwortverzeichnis	151